Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 40 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1068.

Nr. 203 — Sonnabend, den 30. August 1924 — 19. Jahrgang

Die Annahme.

Von unserm Berliner Mitarbeiter.

Bis zur letzten Minute vor der Abstimmung über das Eisenbahngesetz, das bekanntlich als einziges von den Gesetzen zur Ausführung des Dawesgutachtens mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden muß und deshalb der Zustimmung der Deutschnationalen oder wenigstens eines großen Teiles von ihnen bedarf, blieb gestern im Reichstag die Entscheidung zweifelhaft. Wohl ein Dutzend mal hatte das Zünglein der Wage in der letzten Woche hin und her geschwankt, und mehrmals schien es bereits vollkommen sicher, daß das Londoner Abkommen zu Fall gebracht werden würde. Die Regierung hatte sich deshalb bereits am Mittwoch der Zustimmung des Reichspräsidenten zur Auflösung des Reichstages eingeholt, um an das Volk zu appellieren wenn durch deutschnationalen Unverstand eine Einigung scheitern sollte. Diese Drohung mit der Auflösung scheint denn auch die stärkste Waffe gewesen zu sein, die die Regierung zur Verfügung hatte, und mit deren Hilfe sie die Deutschnationalen schließlich gezwungen hat klein beizugeben. Denn darüber waren sich die Deutschnationalen vollkommen klar, wenn sie es auch in ihrer Presse nicht wahr haben wollten, daß ein neuer Wahlkampf für die verhängnisvoll werden würde. Mit gebrochener Front hätten sie in die Schlacht gehen müssen, kompromittiert durch ihre schwankende Haltung und durch ihr Versagen in entscheidungsvoller Stunde, wo es sich darum handelte, das wohlverstandene nationale Interesse über die nationale Phrase zu stellen. Nun hat ein großer Teil von ihnen, und zwar der Teil, der am ersten darauf Anspruch machen darf politisch ernst genommen zu werden, sich dafür entschließen müssen, dem „zweiten Versailles" die Zustimmung zu geben und damit vor aller Oeffentlichkeit die bisherige deutschnationale Opposition als bloße Demagogie zu entlarven. Es ist gewiß erfreulich, daß das Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem deutschen Volk bei einem großen Teil der Deutschnationalen schließlich doch noch den Sieg davongetragen hat. Ihren Dank haben die Deutschnationalen aber dahin denn sie haben lange genug versucht, diese Frage, in der, wie sie selbst oft genug heuchlerisch betonten, lediglich das nationale Interesse ausschlaggebend sein sollte zum Gegenstand eines wenig schönen innerpolitischen Geschäftes zu machen. Noch gestern morgen sind Vertreter der Deutschnationalen beim Reichskanzler gewesen und haben ihn aufgefordert, sofort von seinem Amte zurückzutreten und einem Deutschnationalen Platz zu machen. Das Zentrum hat diese unverfrorene Erpressung natürlich zurückgewiesen, während die Deutsche Volkspartei anscheinend leider bereit war, den Deutschnationalen in der Frage der Regierungsumbildung entgegenzukommen. Die Demokratische Partei hat sich natürlich von diesen Kuhhandeleien vollständig fern gehalten. Ihre Auffassung von politischer Sauberkeit gestattet es ihr nicht, sich an derartigen Dingen zu beteiligen. Außerdem wäre es in außenpolitischer Beziehung zweifellos eine sehr schwere Belastung, wenn man jetzt die Deutschnationalen in führender Stellung in die Regierung aufnehmen würde. Alle Mächte haben sich in London verpflichtet, das Dawesgutachten loyal und seinem Geiste entsprechend durchzuführen. Die Deutschnationale Partei hat dieses Gutachten aber monatelang in so hemmungsloser Weise bekämpft, daß das Ausland einer solchen Regierung, in der sie die Führung hätte, nicht das erforderliche Vertrauen entgegenbringen würde.

Auch innerpolitisch würde eine Bürgerblockregierung jetzt die schwerste Belastung für das deutsche Volk bedeuten. Die deutschnationalen Führer haben in diesen Tagen wahrlich bewiesen, daß sie nicht einmal imstande sind ihre eigene Partei zu führen. Nicht einmal als geschickte Taktiker haben sie sich erwiesen, denn sie gehen mit gänzlich leeren Händen aus der ganzen Angelegenheit hervor. Die Regierung hat diesmal eine Haltung bewiesen die im großen Ganzen die vollste Anerkennung verdient. Sie ist den deutschnationalen Wünschen soweit als möglich und mit den Interessen Deutschlands vereinbar, entgegengekommen und hat nichts unversucht gelassen, um den Deutschnationalen das Einlenken zu erleichtern. Das ist umso mehr anzuerkennen, als leider die Sozialdemokraten mit aller Macht darauf hingearbeitet haben, den Deutschnationalen den Weg zum Umfall zu verbauen und eine Auflösung des Reichstags herbeizuführen. Gewiß ist dieser Reichstag zur Auflösung reif, da er sich als ein schweres Hindernis für die Durchführung einer gesunden, dem Wiederaufbau dienenden Politik herausgestellt hat. Das höhere Interesse aber liegt doch darin, daß die Londoner Abmachungen nicht zu Fall gebracht werden und dadurch Deutschland und insbesondere das besetzte Gebiet neuen schwersten Gefahren ausgesetzt wird.

Deshalb begrüßen wir mit hoher Genugtuung das Ergebnis der Abstimmung. Es eröffnet dem deutschen Volke den Weg zu einer friedlichen Verständigung mit seinen früheren Gegnern. Gewiß ist London erst der Anfang und wir werden noch einen weiten Weg zurücklegen müssen, um zu einer besseren Zukunft zu gelangen. Der größte Teil der Arbeit muß noch getan werden, aber es ist erforderlich daß er in derselben Weise und dem gleichen Geiste getan wird, der zu den Londoner Abmachungen geführt hat. Das deutsche Volk muß sich bewußt bleiben, daß es den Wiederaufstieg aus den jetzigen Niederungen nur Schritt für Schritt machen kann, und daß dazu eine fast übermenschliche Entsagung und Ausdauer gehören wird. Der dunkle Tunnel, den wir noch durchschreiten müssen, ist noch lang, aber an seinem Ende leuchtet uns bereits der Schimmer eines besseren Tages entgegen.

Annahme der Gutachtengesetze.

Die Zweidrittelmehrheit : 314 : 127 Stimmen. — Keine Auflösung des Reichstags.

Berlin, 29. August. Der Reichstag hat in namentlicher Schlußabstimmung die Gutachtengesetze angenommen. Das Reichsbahngesetz wurde mit 314 gegen 127 Stimmen angenommen. Die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit war also erreicht. Das Abstimmungsergebnis wurde von den Kommunisten und Nationalsozialisten mit stürmischen Pfuirufen und lauten Verwünschungen gegen die Deutschnationalen begleitet.

Der Widerruf der Kriegsschuldlüge.

Eine Kundgebung der Reichsregierung.

Berlin, 29. August. Aus Anlaß der Verabschiedung der Gesetze über die Londoner Vereinbarungen erläßt der Reichskanzler namens der Reichsregierung folgende Kundgebung:

Der Reichstag hat mit den heute gefaßten Beschlüssen sein Siegel unter die Londoner Vereinbarungen gesetzt. Damit ist eine Entscheidung getroffen, die für das Schicksal des deutschen Volkes auf Jahre hinaus von maßgebender Bedeutung sein wird. Der Reichsregierung ist es ein Bedürfnis, allen Mitgliedern des Reichstages, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben, ihren Dank auszusprechen. Alle Beteiligten haben schwere Bedenken zu überwinden und persönliche Ueberzeugungen zurückstellen müssen, um zur Annahme der Londoner Vereinbarungen zu gelangen. So schwer der Entschluß auch jedem einzelnen geworden sein mag, so mußte er doch gefaßt werden, wenn unserem Vaterlande der Weg in eine bessere Zukunft eröffnet werden sollte.

Die Reichsregierung kann und will aber diesen Augenblick, mit dem sie in Durchführung des Versailler Vertrages schwere Verpflichtungen auf sich nimmt, nicht vorübergehen lassen, ohne in der Kriegsschuldfrage, die seit 1919 mit schwerem Druck auf der Seele des deutschen Volkes lastet, klar und unzweideutig ihren Standpunkt darzulegen.

Die uns durch den Versailler Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Feststellung, daß Deutschland durch seinen Angriff den Weltkrieg entfesselt habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt daher, daß sie diese Feststellung nicht anerkennt. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Volkes, von der Bürde dieser falschen Anklage befreit zu werden. Solange das nicht geschehen ist, und so lange ein Mitglied der Völkergemeinschaft zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird, kann die wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern nicht vollendet werden. Die Reichsregierung wird Anlaß nehmen, diese Erklärung den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen.

Der Reichskanzler: Marx.

Der Endkampf im Reichstag.

Berlin, 29. August.

Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Marx. Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung mit starker Verspätung um 10,45 Uhr. Ein Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Katz (Komm.) wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Die Mitteilung erregt Heiterkeit da Katz stellvertretender Beisitzer des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik ist.

Die Diätenergänzungsvorlage, die den Reichstagsabgeordneten Freikarten auch nach den Neuwahlen sichert, wird in dritter Lesung angenommen.

Einzelberatungen der Gutachtengesetze.

Es folgt dann die Einzelberatung zur dritten Lesung der Gutachtengesetze. Die neuen Vorlagen werden wieder in vier Gruppen geteilt. Vor Beginn nimmt sofort das Wort

Reichskanzler Marx:

Zu den vorliegenden Gesetzentwürfen ist von verschiedenen Parteien eine Anzahl von Anträgen und Entschließungen eingereicht worden. Zu den darin aufgeworfenen Fragen habe ich namens der Reichsregierung folgendes zu erklären: Die Anträge beziehen sich in erster Linie auf das Schicksal der besetzten Gebiete. Die Reichsregierung kann sich die Grundgedanken, aus denen diese Anträge hervorgegangen sind, durchaus zu eigen machen. Sie hat es stets als das wichtigste Ziel ihrer internationalen Verhandlungen über das Sachverständigengutachten angesehen, mit der Uebernahme der darin festgesetzten Verpflichtungen die Befreiung von Rhein und Ruhr herbeizuführen. Die Annahme der Londoner Vereinbarungen wird ihr die Grundlage dafür geben, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß alle über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete

schon erheblich vor dem Ablauf der Maximalfrist geräumt

werden und daß in dem altbesetzten Gebiet eine loyale und gerechte Handhabung des Rheinlandabkommens sichergestellt wird. Solange dies nicht geschehen ist ist die Befürchtung begründet, daß die normale Durchführung der wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Sachverständigengutachtens beeinträchtigt ist. Die Reichsregierung nimmt an, daß insbesondere auch die bevorstehenden Verhandlungen mit Frankreich und Belgien über handelspolitische Fragen die Erreichung des Zieles der Befreiung von Ruhr und Rhein beschleunigen werden. Dieser Gesichtspunkt wird bei den handelspolitischen Verhandlungen für uns maßgebend sein. Die Reichsregierung kann sich demnach auch den von der Deutschnationalen Volkspartei gestellten Anträgen in ihrem Grundgedanken anschließen, sie kann ihnen indessen in der vorgeschlagenen Form nicht zustimmen. Die Anträge sind in die Form einer Suspensivbedingung für das Inkrafttreten der Londoner Vereinbarungen gekleidet. Würde diese Form beibehalten, so bestände die Gefahr, daß damit das Ergebnis der Londoner Konferenz zu Fall gebracht würde. Die Reichsregierung ist daher der Ansicht, daß der Grundgedanke der Anträge in anderer Weise verwirklicht werden muß und auch verwirklicht werden kann.

Weitere Anträge der Parteien beziehen sich auf die Möglichkeit, daß die Lasten des Sachverständigengutachtens die deutsche Leistungsfähigkeit übersteigen. Ich möchte in dieser Hinsicht auf die durchaus zutreffenden Feststellungen des Antrages der Deutschen Volkspartei hinweisen wonach sowohl der Versailler Vertrag als auch das Sachverständigengutachten und die Londoner Vereinbarungen der Reichsregierung ausreichende Mittel an die Hand geben, jeder Ueberschreitung der Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit entgegenzutreten. Die Reichsregierung wird, wenn tatsächlich eine solche Ueberschreitung droht, von diesen Mitteln rechtzeitig Gebrauch machen.

Schließlich liegt noch ein Antrag vor, der die Festsetzung einer Endsumme für die deutschen Gesamtleistungen fordert. Die Reichsregierung wird wegen einer solchen endgültigen Regelung zu gegebener Zeit mit den Alliierten in Verhandlung treten.

Darauf wird in die

Einzelberatung der Bankgesetze

eingetreten.

Abg. Koenen (Kom.) lehnt erneut die Vorlagen ab. Er bekämpft die Gutachtengesetze und richtet Angriffe besonders gegen die Sozialdemokraten wegen ihrer zustimmenden Haltung. Als Lohn werde die Sozialdemokratie den verdienten Fußtritt empfangen. Der in den letzten Tagen durchgeführte Kuhhandel habe schon den Erfolg gehabt, daß in kurzer Zeit der Deutschnationale Hergt Vizekanzler wird, daß Severing abgebaut, die Sozialdemokraten aus der preußischen Regierung entfernt und sämtliche sozialdemokratischen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Beamten davongejagt werden.

Abg. Dr. Reichert (Dtl.) bekämpft die Bankgesetze. Er erklärt, seine Freunde würden beantragen, daß die Ruhrräumung zur Vorbedingung für deutsche handelspolitische Verhandlungen mit Frankreich und England gemacht würden.

Abg. Wulle (Natsoz.) erklärt, in den letzten Tagen sei hier ein ekelhafter Kuhhandel zu beobachten. Auf die Fanfare des Abg. Hergt sei die Chamade gefolgt. Redner geht dann auf den Vorwurf ein, daß sich die Völkischen mit den Kommunisten verbunden hätten. Die Nationalsozialisten achten in den Kommunisten die ehrlichen Gegner, und sie betrachten es als eine Schande